

Schreiben von Charles de Gaulle an Harold Macmillan (Paris, 15. November 1958)

Legende: Am 15. November 1958 erläutert der französische Präsident de Gaulle dem britischen Premierminister Harold Macmillan, warum seiner Ansicht nach die Existenz des Gemeinsamen Marktes und die Verpflichtungen, die sich daraus für seine Mitgliedstaaten ergeben, unvereinbar mit dem Vorhaben einer großen Freihandelszone in Europa sind.

Quelle: Ministère des Affaires étrangères ; Commission de Publication des DDF (sous la dir.). Documents diplomatiques français. Volume II: 1958, 1er juillet-31 décembre. Paris: Imprimerie nationale, 1993. 969 p. p. 682-683.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_charles_de_gaulle_an_harold_macmillan_paris_15_november_1958-de-a71161e4-5d08-4ed6-bf9f-a57f92924a2d.html



Publication date: 06/07/2016

Schreiben von Charles de Gaulle an Harold Macmillan (Paris, 15. November 1958)

Mein lieber Freund,

Ihr Brief vom 7. November hat mir erneut klar und in jeder Hinsicht aufgezeigt, welche Bedeutung der Umsetzung der Römischen Verträge und der Probleme beizumessen ist, die hierdurch für den Handel zwischen den sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes und den restlichen elf westeuropäischen Staaten entstehen.

Ich war insbesondere von dem beeindruckt, was Sie mir bezüglich des Missverständnisses schrieben, das den Verhandlungen zwischen den beiden Gruppen zu Grunde liegt. Ohne auf das einzugehen, was beiderseits im Laufe dieser langen Gespräche – vergeblich – behauptet worden sein mag, scheint mir, dass wir an einem Punkt angekommen sind, an dem die bisher erklärten Absichten sowie das Verfahren und der Rahmen, die zur Anwendung kamen, kaum zu praktischen Ergebnissen führen werden. Denn ich habe Grund zu der Annahme, dass es sich auf diesem Gebiet um praktische Ergebnisse handelt.

Diese können natürlich nicht die Einrichtung einer Freihandelszone zu Bedingungen beinhalten, wie sie von Seiten der Elf vorgeschlagen wurden. Denn die Existenz des Gemeinsamen Marktes nebst den Verpflichtungen, die er für die beteiligten Staaten zur Folge hat, sowie deren aktuelle Wirtschaftslage – allem voran diejenige Frankreichs – wären mit der so eingerichteten Zone nicht zu vereinbaren. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass Bestimmungen zur schrittweisen Liberalisierung des Handels zwischen dem Gemeinsamen Markt und den elf weiteren Staaten Westeuropas verabschiedet werden können.

Meiner Meinung nach wäre es an der Zeit, das Problem unter diesem Aspekt zu betrachten. Nachdem Sie so freundlich waren, mich direkt von Ihrer Besorgnis in Kenntnis zu setzen, muss ich Ihnen mitteilen, dass meine Regierung bereit wäre, mit der Ihren für eine erste Prüfung der realen Möglichkeiten in Kontakt zu treten; dies erfolgt allerdings unter der Voraussetzung, dass wir, was uns anbetrifft, in Abstimmung mit unseren Partnern des Gemeinsamen Marktes handeln müssen.

Auch wenn solche Gespräche meiner Auffassung nach – sofern Sie einverstanden sind – schon demnächst stattfinden sollten, sollte nach meinem Dafürhalten nichts überstürzt werden, zumal dies die Ergebnisse gefährden könnte. Die Eröffnung des Gemeinsamen Marktes wurde zwar auf den kommenden 1. Januar festgelegt, jedoch verändert, wie Sie wissen, dieses Inkrafttreten die bestehenden Handelsregelungen nur unwesentlich.

Wenn Ihr Wunsch dem unseren entspricht, haben wir ausreichend Zeit, um diese Frage wieder aufzugreifen. Seien Sie versichert, dass wir uns um der Harmonie Europas und der Freundschaft unserer beiden Länder willen sehr wünschen, dass in dieser wichtigen Angelegenheit letztlich eine Einigung erreicht wird.

Herzliche Grüße